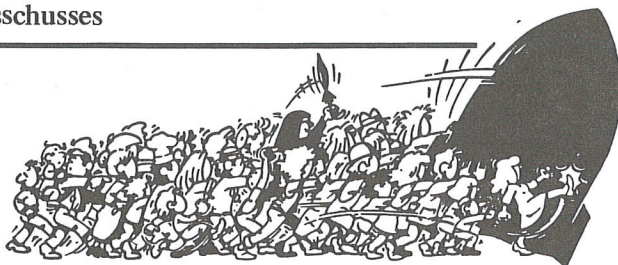


RUNDBRIEF

Nr. 4 des Koordinationsausschusses

Dezember 1983

**PERSHING II
CRUISE MISSILES
NEIN!**



Koordinationsausschuß
Estermannstraße 179
5300 Bonn 1
Tel. 0228/ 67 82 31
und 0228/ 67 82 32

Trotz Bundestagsbeschluß und Stationierungsbeginn:

Der Widerstand geht weiter!

Der Beginn der Stationierung der ersten 9 Pershing II Raketen wird die Friedensbewegung nicht in Resignation oder Ratlosigkeit treiben. Unsere Gegner erhoffen sich jetzt einen Zerfall der Friedensbewegung und eine Lähmung unserer Aktionsbereitschaft. Die zahlreichen Aktionen während der Bundestagsdebatte haben jedoch bereits signalisiert, daß der Widerstand gegen atomare Aufrüstung weitergeht und keineswegs erloschen ist.

Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung hat dazu aufgerufen, am 12. Dezember - dem Jahrestag des Stationierungsbeschlusses - einen bundesweiten Widerstandstag mit vielen dezentralen Aktionen durchzuführen! Am Stationierungsort Mutlangen und an der Filiale der Pershing II Firma Martin Marietta in Frankfurt-

Hausen werden Schwerpunktaktionen, verbunden mit Blockaden, stattfinden.

Die Friedensbewegung hat noch ausreichend Chancen und Gelegenheiten, die NATO-„Nachrüstung“ zu verhindern. Der Zeitraum für die geplante Stationierung der restlichen 99 Pershing II Raketen und der Cruise Missiles beträgt 5 Jahre. Die nächsten Pershing II sollen im September 1984 kommen. Damit dieser Prozeß gestoppt und die bereits stationierten Raketen wieder abgebaut werden, muß es auch weiterhin eine starke Friedensbewegung geben. Der Sieg der Parlamentsmehrheit gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit ist ein Schein-Sieg, der sich schon bald in eine Niederlage für die herrschende Sicherheitspolitik umkehren wird. Millionen von Menschen in der Bundesrepublik haben begriffen, daß die Stationierung atomarer Mittelstrek-

kenraketen in unserem Land eine Fehlentscheidung von historischer Tragweite ist. Die Bundesrepublik wird durch die jeweiligen „Nachrüstungen“ in Ost und West immer mehr zu einer Startrampe und einer Zielscheibe für einen Atomkrieg. Das Leben und Überleben in Mitteleuropa wird in die Hände des Präsidenten der USA gelgt, die Souveränität dieses Landes wird ein weiteres Stück durchlöchert. Dies widerspricht in eklatanter Weise den Interessen der Bevölkerung in der Bundesrepublik. Viele Menschen sind deshalb auch - oder gerade erst recht - nach der Bundestags- und Regierungsentscheidung für den Stationierungsbeginn bereit, sich in der Friedensbewegung zu betätigen. Wir müssen diesen Bürgerinnen und Bürgern sowohl inhaltlich als auch aktionsmäßig eine Perspektive geben.

NEIN!



Parlament der Mehrheit

v.l. Hoimar von Ditfurth, Uta Ranke-Heinemann, William Borm, Pfarrer Volkmar Deile, Jo Leinen, Professor Helmut Ridder, Horst Eberhard Richter und Robert Jungk

Impressum:

REDAKTION: Jo Leinen,
Klaus Scherenberg
Bernd Wallmeier

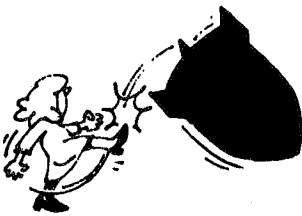
LayOut: Klaus Scherenberg

Druck: Henke, Köln

V.i.S.d.P.: Bernd Wallmeier

KONTAKTADRESSE:
Koordinationsausschuß
Estermannstr. 179
5300 Bonn 1
Tel.: 0228 - 67 82 31
67 82 32

BANKVERBINDUNG:
Jo Leinen
Sonderkonto "Herbst '83"
PSchAmt Köln, Kto-Nr.:
276 002 - 508 (BLZ 370
100 50) oder
Volksbank Bonn, Kto-Nr.:
150 1492 023 (BLZ 380
601 86)



ZITAT:

„...Nun sind zum ersten Mal auch zwei Stichworte gefallen: Volksbefragung und Generalstreik. Halten Sie die Anwendung beider Kampfmittel für legitim?“

Schmidt: Die Frage möchte ich uneingeschränkt mit JA beantworten... Wenn es aber nun zu der Volksbefragung kommt, so gibt es gar keinen Zweifel, daß sie absolut in Übereinstimmung steht mit der geschriebenen Verfassung... Bei einem Streik, den ich in dieser Situation für legitim halte, wird es sich gleichfalls nicht um eine Sache handeln können, die man von oben organisiert... sondern hier ist man darauf angewiesen, daß die Stimmung tatsächlich so erbittert ist, daß die Mehrheit bereit ist, zu diesem letzten Mittel zu greifen.“

(Der SPD-Bundestagsabgeordnete und spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt im April 1958 zu Fragen, wie die damals geplante atomare Aufrüstung der Bundeswehr verhindert werden könnte).

1. Die Aktionskonferenz in Köln hat einige Aktionselemente für die nächsten Monate beschlossen

1.1 Die Friedensbewegung erkennt den Beschluß des Deutschen Bundestages nicht an und fordert die Durchführung einer Volksbefragung. Sollte das Parlament diese Forderung offiziell ablehnen, so sind wir entschlossen, im Jahre 1984 eine eigenständige Volksbefragung zu organisieren.

1.2 Die Friedensbewegung wird die Stationierung nicht hinnehmen und insbesondere an den bundesweiten Widerstandstagen am 12.12.83 und am 30.1.84 die Ablehnung der neuen Atomwaffen sichtbar zeigen.

1.3 Firmen, die an der "Nachrüstung" beteiligt sind sollen stärker in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt werden. Gesucht wird ein Massenkonsumprodukt einer solchen Firma, zu dessen Boykott aufgerufen wird.

1.4 Diejenigen Bundestagsabgeordneten, die sich für die Stationierung atomare Erstschlagswaffen entschieden haben, müssen in ihren Wahlkreisen öffentlich zur Verantwortung gezogen werden.

2. Die Stationierung von neuen Atomwaffen gegen die Mehrheit der Bevölkerung wird zur Konsequenz haben, daß jetzt eine Grundsatzdebatte über die herrschende Sicherheitspolitik beginnt. Der Bundestagsbeschluß für die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles wird das Gegenteil von dem bewirken, was die Verfechter der NATO-"Nachrüstung" verkündet haben. Statt der erhofften Festigung

des Zusammenhalts der NATO wird die Stationierung dieser Atomwaffen gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung zu einer tiefgreifenden Vertrauenskrise vieler Menschen in den Sinn und in die Politik der NATO führen. Teile des politischen und militärischen Establishments haben sich durch den Vollzug der NATO-"Nachrüstung" fester an die USA angekoppelt. Große Teile der Bevölkerung in Europa beginnen mit der Stationierung dieser Massenvernichtungswaffen, sich von der Politik der USA abzukoppeln. Nach der Entscheidung des Bundestages steht fest: ab heute wird es auch in der Bundesrepublik keinen Konsens mehr über die Sicherheitspolitik geben. Der Beginn der Stationierung neuer Massenvernichtungswaffen hat eine Spaltung der Gesellschaft hervorgerufen, für die es in absehbarer Zeit keinen Kitt geben wird.

Einige Themen dieser Friedenspolitischen Offensive sind in der "Bonner Deklaration" des Parlaments der Mehrheit angeführt. Diese Orientierungsdebatte muß jetzt in allen Friedensinitiativen beginnen. Diese Strategiedebatte muß dann auf der nächsten Aktionskonferenz am 11./12. Februar 1984 in einem gemeinsamen Konsens für die inhaltliche und aktionsmäßige Kampagne der Friedensbewegung im Jahre 1984 einmünden. Der Beginn der Stationierung der ersten Pershing II Raketen ist kein Grund zur Resignation, sondern eine Verpflichtung zum Weitermachen. Nur eine starke Friedensbewegung ist eine Hoffnung, daß der Aufrüstungswettlauf gestoppt und wahrhaftige Abrüstungsmaßnahmen eingeleitet werden. (j.l.)



„Bonner Deklaration“ des „Parlaments der Mehrheit“

Nachfolgende Deklaration wurde von der Geschäftsführung des Bonner Koordinationsausschusses dem „Parlament der Mehrheit“ – bestehend aus Vertretern von Friedensinitiativen aus allen 248 Bundestagswahlkreisen sowie Vertretern von Berufsgruppen in der Friedensbewegung – am 20. November 1983 in Bonn vorgelegt und vom Parlament per Akklamation verabschiedet.

Am 22. November 1983 will eine Mehrheit des Deutschen Bundestages die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen beschließen.

Eine Mehrheit der Bevölkerung lehnt diese Stationierung ab. Gegen diese Mehrheit fällt der Bundestag mit dem Beschluß der Stationierung eine Fehlentscheidung von historischer Tragweite.

Wir stehen vor einer äußerst ernsthaften und bedrohlichen Situation. Die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles wird für die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr sondern weniger Sicherheit bringen. Die Gefahr eines Atomkrieges erhöht sich. Die Vernichtung unseres Landes wäre die Folge.

Wir erkennen einen solchen Beschluß des Deutschen Bundestages nicht an. Wir bestreiten der Bundesregierung das Recht, in einer derart existentiellen Frage die Bevölkerungsmehrheit einfach zu übergehen. Diese Politik der Bundesregierung verstößt gegen den demokratischen Geist des Grundgesetzes, die Stationierung gegen das Gebot der Friedensstaatlichkeit. Wir fordern eine konsultative Volksbefragung. Sollte das Parlament diese nicht beschließen, werden wir sie selbst durchführen. Wir widerstehen jeder Aufrüstungspolitik. Wir kündigen unsere Loyalität gegenüber jeder weiteren Aufrüstung auf.

Wir werden keine Ruhe geben, bis der auf vier Jahre angesetzte Stationierungsvorgang gestoppt und rückgängig gemacht worden ist. Diesen Willen werden wir nach dem Stationierungsbeschluß des Parlaments in regelmäßig wiederkehrenden bundesweiten Widerstandstagen deutlich machen.

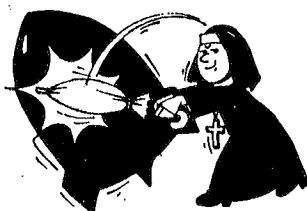
Millionen Menschen sind aufgestanden für den Frieden. Der Beginn der Stationierung wird von vielen als Zynismus der Macht erlebt werden.



Noch ist unser Erfolg nicht an einer veränderten Politik der Regierungen und Militärbündnisse ablesbar. Das wird nicht so bleiben. Wir stellen jedoch fest: Im Denken, Fühlen und Handeln der Menschen hat sich bereits jetzt viel geändert. Menschen befreien sich von Geist, Logik und Politik der Abschreckung, die sich in Feindbildern, Rüstungswettlauf und ständiger Erhöhung der militärischen Bedrohung äußern.

Der innenpolitische Preis für jede weitere Aufrüstung wird sehr hoch sein. Die Sicherheitspolitik ist unwiderruflich von einer exklusiven Angelegenheit von Militärs und Diplomaten zu einer Angelegenheit vieler Bürgerinnen und Bürger geworden, dessen Ausdruck die Friedensbewegung ist. Die Friedensbewegung verkörpert diesen demokratischen Prozeß. Auch durch Aktionen des zivilen Ungehorsams ist unsere Demokratie reicher geworden. Es gibt die realistische Hoffnung, den Rüstungswahnsinn zu beenden.

Die Friedensbewegung hat das Ziel, ein gerechtes und friedliches Zusammenleben der Menschen zu erreichen; zwischen Nord und Süd, Ost und West, in Europa und in der Bundesrepublik.



Wir fordern auf dem Weg zu diesem Ziel:

1. Das Einfrieren jeder Produktion, jedes Tests und jeder Stationierung von Massenvernichtungswaffen.
2. Die Entfernung aller Massenvernichtungswaffen aus der Bundesrepublik Deutschland.
3. Die Überwindung von Geist, Logik und Politik der Abschreckung.
4. Die Öffnung des Weges zu einem atomwaffenfreien Europa.
5. Die Entmilitarisierung der Spannungen und Konflikte.
6. Einseitige, kalkulierte Abrüstungsschritte.
7. Die Problematisierung unseres Verhältnisses zur NATO wegen deren Politik.
8. Die Beendigung der Rüstungsexporte.

Diesen Zielen werden wir nur näher kommen, wenn der Stationierungsprozeß bei uns aufgehalten wird und wenn die – im Falle einer Stationierung folgenden – atomaren Kurzstreckenraketen in der DDR und der CSSR nicht aufgestellt werden. Dafür werden wir uns mit aller Kraft einsetzen.

Wir unterstreichen unsere Verbundenheit mit Nicaragua. Einer Intervention der USA in diesem Land werden wir heftigen Widerstand entgegensetzen.

Die Arbeit der Friedensbewegung endet nicht mit dem Beginn der Stationierung. Die Friedensbewegung hat viele Aufgaben. Die Stationierung erschwert unsere Arbeit und macht sie notwendiger. Es gibt keinen Grund zur Resignation. Unsere Hoffnung reicht weit. Das muß jeder wissen.

Das „Parlament der Mehrheit“
Bonn, den 20. November 1983

12. Dezember 1983

1. bundesweiter Widerstandstag

Die Friedensbewegung hat den 12. 12. dieses Jahres zum 1. bundesweiten Widerstandstag erklärt. An diesem Tag faßte vor vier Jahren die NATO ihren Beschluß über die Stationierung neuer US-Atomraketen. Nachdem der Bundestag am 22.11. mit seiner Raketenentscheidung mehrheitlich der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zustimmte, werden jetzt die ersten Pershing II in Mutlangen aufgestellt.

Am 1. Widerstandstag nach dem Stationierungsbeginn muß deutlich werden: Die Friedensbewegung nimmt die Bundestagsentscheidung nicht hin! Die mit dem Stationierungsbeginn eingeleitete neue Runde des Wettrüstens und die mit erstschlagswaffen wachsende Atomkriegsdrohung verpflichtet, den Widerstand fortzusetzen. Am 12.12. wird die Friedensbewegung der Bundesregierung deutlich machen, daß ihr Widerstand weitergeht. Sie wird die Bevölkerung über die mit dem Stationierungsbeginn geschaffene neue Situation informieren und mit ihren Aktionen die Mehrheit der Bundesbürger, die die Raketen ablehnen, zum eigenen politischen Engagement für den Stop der Raketenstationierung und den Abbau der Atomwaffen gewinnen.

Alle Gruppen der Friedensbewegung und alle Gegner der neuen Atomwaffen sind aufgerufen, am 12.12. ihren Widerstand mit vielfältigen Aktionen sichtbar zu machen:

- * Führt überall öffentliche Versammlungen durch. Informiert und diskutiert über die neue politische Lage, die mit dem Stationierungsbeginn eingetreten ist.
- * Fordert von den Aufrüstungsbefürwortern im Bundestag, daß sie sich öffentlich rechtfertigen. Besucht die Büros der Raketenparteien.
- * Demonstriert mit Fackelzügen, Mahnwachen, Menschenketten, Kundgebungen usw. gegen die Raketen.



* Führt auf öffentlichen Plätzen, in Betrieben, Schulen, Universitäten und in Kirchengemeinden "5 vor 12"-Aktionen durch.

* Tragt als Zeichen Eures Protestes Aufkleber, Anstecker und Halstücher der Friedensbewegung. Hängt Friedenstransparente und plakate in die Fenster Eurer Wohnungen. Stellt Kerzen in die Fenster.

* Beteiligt Euch an den Aktionen den Stationierungsorten, den Blockaden an Atomwaffenlagern, der Fackelkette, dem Sportfest und anderen überörtlichen Aktionen.

ACHTUNG - WICHTIG!

Der Koordinationsausschuß will vor und am 12.12. in Bonn die Presse über die geplanten bzw. laufenden Aktionen informieren. Deshalb:

Meldet Eure Aktionen!

Ruft an und teilt ab sofort mit, welche Aktionen ihr vorbereitet. Heißt mit, daß die vielen dezentralen Aktionen auch bundesweit öffentlich bekannt gemacht werden können.
Tel. 0228 / 67 82 31, 67 82 32



Einzelne Aktionen

Boycott eines Massenkonsumproduktes

Die Aktionskonferenz in Köln hat beschlossen, zum Boycott eines Massenkonsumprodukts aufzurufen, das von einer Firma hergestellt wird, die an der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in irgendeiner Form beteiligt ist.

Aufruf an alle:

- * Welche Firmen beteligen sich direkt oder indirekt an der NATO-„Nachrüstung“?
 - * Welche Massenkonsumprodukte dieser Firmen sind geeignet, zum bundesweiten Boycott abgestempelt zu werden?
- Schickt bitte Eure Vorschläge an das Koordinierungsbüro, Estermannstr. 179, 53 Bonn 1

Menschen-Lichterkette durch das Revier

Das Ostermarschkomitee ruft zu einer Fackelmahnwache entlang des Ostermarschweges auf. Sie steht unter dem Motto „Frieden, Arbeit, Leben - Ziehen wir ein leuchtendes Friedensband von Duisburg nach Dortmund.“ Durch alle Wohngebiete entlang der Strecke soll am 12.12. von 17.00 bis 18.00 Uhr ein erstes sichtbares Zeichen gegeben werden, daß die Friedensbewegung im Ruhrgebiet weitermacht.

Kontakt: Ostermarsch Ruhr, Königswall 22, 4600 Dortmund, Tel. 0231 / 14 11 53

massenhafte Kriegsdienstverweigerung

Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln hat beschlossen als Antwort auf die Stationierung neuer Atomwaffen zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung aufzurufen. Aufgefordert wird insbesondere zur Verweigerung von Wehrpflichtigen, Soldaten und Reservisten, zur Verweigerung des Mißbrauchs von Zivildienstleistenden für militärische Zwecke, der Heranziehung von Frauen im Notstandsfall und zur Bundeswehr sowie der Verpflichtung von Lehrern zum Wehrkundeunterricht.

Weitere Informationen und Materialien zur Kriegsdienstverweigerungskampagne stellt die DFG-VK, Rellinghauser Str. 214, 4300 Essen, Tel. 0201 / 25 80 6 zur Verfügung.

11. Dezember:

Sportler für den Frieden (Westfalenhalle Dmnd)

Mit einem großen Friedens-, Sport- und Spielfest am 11.12. beteiligt sich die Initiative „Sportler gegen Atomraketen“ am bundesweiten Widerstandstag der Friedensbewegung. Neben dem NOK-Präsidenten Willi Daume, der als Ehrengast teilnimmt, nannte die Initiative so bekannte Namen wie Willi Wühlbeck, Patrik Ilg, Hartmut Weber, Günter Lohre, Ewald Lienen, Cornelia Hanisch und Annegret Richter, die ihre Teil-

nahme zugesagt haben. Aus den USA kommen Bob Beamen und Edwin Moses, des weiteren werden Sportler aus der Sowjetunion, Griechenland, der CSSR, Großbritannien und Luxemburg erwartet. Für Kultur sorgen die bots, Katja Ebstein, Hannes Wader und Franz-Josef Degenhardt.

Das Sportfest beginnt am 11. Dez. um 13.30 Uhr. Eintritt 15,-DM

Hochschulen für den Frieden

In Vorbereitung des bundesweiten Widerstandstages und am 12.12.83 selbst finden an den Hochschulen „Streiks, lokale Demonstrationen, Mahnwachen sowie Institutsbesetzungen und Blockaden“ statt. An 38 Hochschulen läuft gegenwärtig eine Urabstimmung für einen Streik. Die Studenten bauen bei diesen Aktivitäten auf die von ihnen selbstorganisierte „Volksbefragung von unten“, einem Pilotprojekt der Volksbefragungskampagne. An 113 Hochschulen stimmen die Studenten zumeist in Urabstimmungen über die Stationierung der Raketen ab. Bis heute (1.12.83) haben sich 200 000 Studenten daran beteiligt.

Die ersten vorliegenden Ergebnisse zeigen, daß bei Beteiligungen zwischen 50 und 70% (enorm hoch, wenn man an die Beteiligungen an Studentenparlamentswahlen denkt) stimmen zwischen 80 und 98% gegen die Stationierung.



Aufruf zur Protestdemonstration: Atomraketen NEIN!

**Samstag, 10. Dezember 1983, 10 bis 17 Uhr in
MUTLANGEN/Schwäbisch Gmünd**

Die Pershing II-Raketen sind im Kommen. Wir werden uns damit nicht abfinden. Die Zeit, die die Rüstungsbetreiber benötigen, um unser Land endgültig zur atomaren Raketenabschußrampe zu machen, werden wir nutzen, um unseren Widerstand zu erweitern.

Wir rufen auf zu einer Großdemonstration direkt am US-Airfield in Mutlangen, wo die ersten Pershing II-Raketen zur Zeit stationiert werden. Wir lassen uns nicht zum Opfer einer Strategie machen, die in Kauf nimmt, Europa und die ganze Erde der atomaren Vernichtung preiszugeben. Demonstrieren wir unseren Willen, dem atomaren Todeswettlauf zu widerstehen.

Kommt alle nach Mutlangen, denn unser Mut muß weiterhin langem. Der 10. Dezember wird zeigen, daß wir uns nicht einschüchtern lassen, daß wir der Arroganz der Macht nicht weichen, daß wir uns nicht der Atomraketenlogik und nicht der fortschreitenden Militarisierung unseres Landes unterwerfen. Der herrschenden Gewalt, die sich immer mehr mit menschenverachtenden Vernichtungswaffen übrüstet, werden wir unsererseits friedlich und gewaltfrei widerstehen.

Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod die Menschheit bedroht!

Es rufen auf: Inge Aicher-Scholl, Heinrich Albertz, Norbert Aust, Günter Behnisch, William Borm, Margherita von Brentano, Gerd Burchard, Andreas Buro, Volkmar Deile, Werner Dierlamm, Günter Freudenberg, Brigitte Gollwitzer, Helmut Gollwitzer, Norbert Greinacher, Doris Janshen, Walter Jens, Robert Jungk, Helmut Koch, Horst Krautter, Erich Küchenhoff, Josef M. Leinen, Alfred Mechtersheimer, Wolf-Dieter Narr, Hans-Georg Rauch, Horst-Eberhard Richter, Heidemarie Rowedder-Hoss, Barbara Rütting, Dorothee Sölle, Bernd Schlecker, Dietmar Schönherr, Wolfgang Schlupp, Vilma Sturm, Otto Tausig, Ernst Tugendhat, Klaus Vack, Günter Wallraff, Henning von Wedel und zahlreiche weitere Aufrufende in Zusammenarbeit mit Friedensgruppen aus dem Raum Schwäbisch Gmünd.

An das Landratsamt des Ostalbkreises, 25.11.1983

Betr.: Anmeldung einer öffentlichen Versammlung und eines Aufzugs unter freiem Himmel am 10. Dezember 1983 in Mutlangen und Schwäbisch Gmünd

Hiermit melde ich, Klaus Vack, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal, unter Inanspruchnahme des Art. 8 GG (Versammlungsfreiheit) und unter Bezugnahme auf das Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz), hier Abschnitt III § 14 folgende Demonstration, deren verantwortlicher Leiter ich sein werde, für Samstag, 10. Dezember 1983, 10 bis 17 Uhr an:

1) 10 bis 14 Uhr: Symbolische Belagerung für den Frieden und zugleich Protestdemonstration gegen die Stationierung der US-amerikanischen atomaren Mittelstreckenraketen Pershing II. Die Aktion findet auf dem Gelände direkt am Stacheldrahtverhau des US-Airfields Mutlangen statt. Zugleich wird eine Menschenkette zur Umschließung des Stacheldrahtverhau gebildet.

2) 11 bis etwa 12 Uhr: Ökumenischer Gottesdienst unter freiem Himmel auf dem Gelände direkt am Stacheldrahtverhau des US-Airfields Mutlangen.

3) Gegen 12 Uhr: Bildung einer Menschenkette vom US-Airfield Mutlangen zur Bismarck-Kaserne in Schwäbisch Gmünd.

4) Beginn 14 Uhr: Demonstration vom US-Airfield Mutlangen zum Johannisplatz in Schwäbisch Gmünd.

5) 15 Uhr: Kundgebung auf dem Johannisplatz (bei entsprechender Beteiligung muß evtl. der Marktplatz einbezogen werden).

Ich weise noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß die angemeldeten Aktionen stattfinden werden im Rahmen des Artikel 8 GG: "Alle Deutschen haben das Recht, sich ... friedlich und ohne Waffen zu versammeln."

**Vervielfältigt dieses Flugblatt, druckt es nach und bringt es in Massen unter die Leute!
Tut Euch in Euren Friedensinitiativen zusammen – organisiert gemeinsame Busanreise!**

**Zieht Euch warm an. Außerdem: Regenschutzkleidung, festes Schuhwerk,
Sitzunterlage, Tagesproviant, ein warmes Getränk.**

**Bringt Eure Transparente mit. Außerdem Plakate, persönliche Fotos (in wasserdichter Folie),
Weihnachtsschmuck usw. zum Schmücken des Stacheldrahtverhau.**

Zur Finanzierung der Organisationskosten brauchen wir dringend Spenden!

**Überweisungen an Gruppe Friedens-Manifest, 6121 Sensbachtal,
Girokonto 200117927, Volksbank Oberzent eG, 6124 Beerfelden, BLZ 50861401.**

**Anfragen: Gruppe Friedens-Manifest, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal, Tel. 06068/2608.
Friedensdorf Mutlangen, Pressehütte, Forststr. 3, 7075 Mutlangen, Tel. 07171/76210 (von 15-19 Uhr).**

BLOCKADE der TODESFABRIK in FRANKFURT-HAUSEN

Schon seit Monaten wird mitten in Frankfurt die Pershing II-Raketenstationierung betrieben: Im US-Army-Instandsetzungs- und Montagezentrum in Ffm.-Hausen werden mindestens seit Frühjahr 1983 Raketenteile sowie Hydraulik- und Elektronikausrüstung für die MAN-Zugmaschinen und die Raketenabschlußvorrichtungen antransportiert und montiert. Seit dem Sommer dieses Jahres ist eine Abschluß-Simulationsanlage dort fertiggestellt; alles das, b e v o r nach der Zustimmung des Bundestags jetzt auch offiziell die Aufstellung der neuen US-Atomraketen läuft.

Die neuen US-Raketen bilden nur den Anfang eines in der Geschichte noch nie dagewesenen Rüstungsprogramms, das in den Neunziger-Jahren abgeschlossen sein wird, um (nach Äußerungen hoher US-Politiker und Militärs) einen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion führen zu können.

Die Entscheidung über Stationierung und Kriegsvorbereitung werden wir nicht den NATO-Strategen und der Bundesregierung überlassen; die laufende Aufrüstung wird nur durch unseren langfristigen Widerstand gestoppt werden. Ein Teil dieses Widerstands wird die Blockade des Hausener Pershing-Geländes sein.

Von Freitag, dem 9.12., 8 Uhr, bis mindestens Montag, dem 12.12., 18 Uhr werden wir die Blockade dieser Einrichtung durchführen. Unser Ziel ist, den Verkehr aus und zu diesem Gelände vollständig zu unterbinden. Dazu werden wir nicht nur Sitzblockaden, sondern auch andere flexible und ideenreiche Behinderungsformen praktizieren. Die Blockade wird im Schichtsystem rund um die Uhr stattfinden.

Unser Ziel dabei ist auch, die Gewöhnung an die Militarisierung des Alltags durchbrechen; diese Aktion wird ein Auftakt sein, aus dem heraus wir einen kontinuierlichen antimilitaristischen Widerstand entwickeln wollen. Deshalb wird die Schaffung von Öffentlichkeit und eine möglichst breite Verankerung unserer Aktion in der örtlichen Bevölkerung ein wichtiger Aspekt unseres Vorgehens sein.

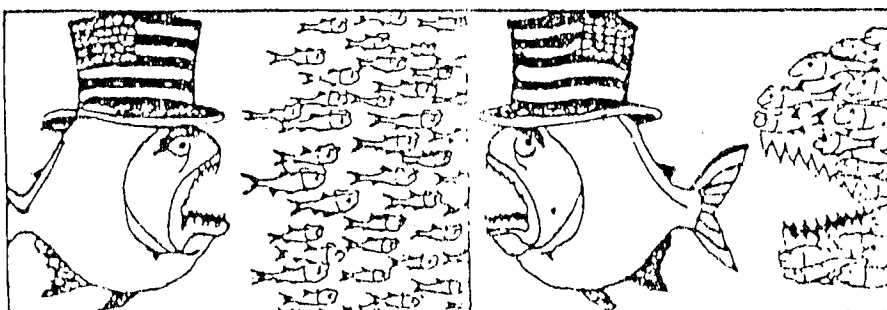
Wir erklären, daß von uns keine Gewalt ausgehen wird. Wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei, sondern unseren Widerstand gegen die "Nachrüstung" dokumentieren. Gewalt, die von der Polizei ausgeht, werden wir nicht mit Gegengewalt beantworten, sondern uns dagegen zu schützen versuchen (z. B. Schutzkleidung, Öffentlichkeit herstellen). Gegebenenfalls werden wir die Blockade an anderer Stelle wieder aufnehmen, um das Gelände weiträumig zu blockieren bzw. unseren Widerstand an anderer Stelle in der Stadt fortzusetzen.

Beginn der Blockade: Freitag, 9.12., 8 Uhr
Treffpunkt: Am Schönhof (Rödelheimer Landstr./Schloßstr.)

Demonstration zum Pershing-Gelände: Samstag, den 10.12., 11 Uhr
Treffpunkt: Hauptwache

Versammlung aller Blockadegruppen zum konkreten Ablauf der Aktion (Schichteinteilung, Entscheidungsstruktur) Samstag, 3.12., 15 Uhr, im Studentenhaus Universität Frankfurt, Gräferstraße

Kontakt und Informationsmaterial bei: Unabhängiges Friedensplenum Frankfurt, 6 Frankfurt/Main 70, Siemenstraße 9, Tel.: 0611/625445, Montags - Freitags 17 - 19 Uhr



Stellt sie zur Rede!

In vollem Bewußtsein beschloß die Parlamentsmehrheit am 22. November 1983 gegen die Volksmehrheit die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles.

So krass klappte das Denken, Fühlen und Wollen des Volkes und der der sog. „Volksvertreter“ (und auch der wenigen den Regierungsparteien angehörenden „Volksvertreterinnen“) in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wohl nie auseinander.

Ruft sie an, die unten aufgeführten „Volksvertreter/inne“, weil sie uns bis jetzt immer noch nicht gehört haben. Stellt sie zur Rede!

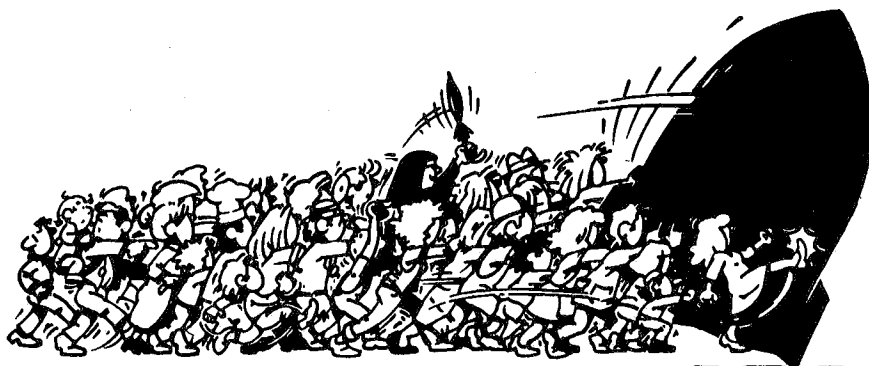
(Angaben ohne Gewähr. Entnommen der TAZ).

Abelein 07961/3405; Adam-Schwaetzer (FDP) 02421/61922; Althammer 0821/92216; Austermann 04821/41313; Barzel 0228/162900; Baum (FDP) 02236/63900; Bayha 06051/71903; Becker 0611/522386; Beckmann (FDP) 0201/440080; Berger 02621/7888; Biehle 09353/1298; Blank 0211/252552; Blens 0221/686322; Blüm 0228/5272192; Böhm 05561/3374; Bötsch (CSU) 0931/83080; Bohl 06421/41333; Bohlsen 04944/530; Borchert 02327/82110; Braun 02196/2665; Bredehorn (FDP) 04453/7704; Breuer 0271/84822; Broll 0441/51165; Brunner (CSU) 09431/8604; Bühler 07251/14551; Bugl 0621/821082; Carstens, M. 04473/1211; Carstensen 04842/322; Clemens 0531/335338; Conrad 06806/44753; Cronenberg (FDP) 02932/4323; Czaja 0711/841115; Daniels 0228/773400; Darweke 05261/13545; Deres 02642/42346; Dörflinger 07741/3895; Dollinger (CSU) 09161/2494; Doss 06131/82602; Dregger 0661/75060; Echternach 040/4601011; Ehrbar 06224/3058; Eigen 04505/336; Eimer (FDP) 0911/763420; Engelhardt (FDP) 089/297379; Engelsberger (CSU) 08662/9424; Erhard 06124/2220; Ertel (FDP) 0228/169354; Eylmann 04141/87145; Falthäuser (CSU) 089/831050; Feltmann (FDP) 07221/7818; Fellner (CSU) 09624/22883; Fischer 05973/3690; Fischer 040/273282; Francke 040/6038737; Franke 0541/83910; Friedmann 07223/22948; Gallus (FDP) 07164/3777; Ganz 06851/5125; Gattermann (FDP) 0231/441787; Geiger (CSU) 08821/55144; Geissler 06345/8329; von Geldern 04741/2525; Genscher (FDP) 0228/172082; George 02224/4106; Gerlach (CSU) 06021/25106; Gerstein 0231/370259; Gerster 06131/227962; Glos (CSU) 09383/7157; Göhner 05223/8996; Götz (CSU) 08142/7899; Grünbeck (FDP) 09074/41212; Gruner (FDP) 0228/6152359; Günther 0203/720786; Haase 0561/34450; Häfele 07726/7707; Hamm-Brücher (FDP) 089/645750; Handlos (Ex-CSU) 09921/4152; Hanz 06435/1295; Hartmann (CSU) 09151/2646; Haungs 07821/26058; Hauser 0711/357359; Hauser 02151/24026; Haussmann (FDP) 07125/7825; Hedrich 0581/4758; Heereman von Zuydwyck 05454/377; Hellwig 07142/45113; Helmrich 04181/7070; Hennig 05241/58181; Herkenrath 02241/66542; Hinrichs 0421/213833; Hinsken (CSU) 09963/518; Hirsch (FDP) 0211/51331;

Höfkes (CSU) 0911/830081; Höpfinger (CSU) 0228/163739; Hoffacker 0201/491435; Hoffie (FDP) 06257/2878; Hoffmann 04205/8678; Hornhues 05407/2187; Hornung 06297/237; Hürland 02362/61288; Hüsck 02101/22191; Hupka 0228/215184; Graf Huyn (CSU) 0228/162675; Jäger 07522/3876; Jagoda 06691/2846; Jahn 0251/272525; Jenninger 07942/510; Jobst (CSU) 09471/4200; Jung 07621/46433; Kansy 05137/74348; Karwatzki 0203/371304; Keller (CSU) 09364/9756; Kiechle (CSU) 0831/73317; Klein 0551/81704; Klein (CSU) 089/1902526; Kleinert (FDP) 0511/628081; Köhler 0211/8291; Köhler 05361/61786; Kohl, Helmut 0228/562001; Kohn (FDP) 06203/45129; Kolb 07542/8259; Kraus (CSU) 089/466210; Kreile (CSU) 089/223535; Krey 02202/35959; Kroll-Schlüter 02902/76840; Krohne-Appuhn (CSU) 08066/473; Kronenberg 0228/323356; Kunz (CSU) 0961/44646; Laermann (FDP) 02166/58164; Lambsdorff (FDP) 0228/6152358; Lamers 0228/167433; Lammert 0228/167423; Landré 05221/83911; Langner 06471/39071; Lattmann 05105/81511; Laufs 0228/165213; Lämmrich (CSU) 09002/2448; Lenz 06252/6262; Lenzer 02772/40215; Link 04274/1200; Link 0611/502987; Linsmeier (CSU) 0228/167676; Lintner (CSU) 09733/1382; Lippold 06074/27220; Loher 0231/717858; Lohmann 02351/80950; Louven 02152/7777; Lowack (CSU) 0921/66200; Maaß 04421/303734; Männle (CSU) 0228/167811; Magin 06235/5742; Marschewski 02361/21437; Marx 0228/163033; Mertes 0228/172921; Metz 0421/255041; Meyer zu Bentrup 0521/333380; Michels 05644/253; Mikat 0228/162812; Miltner 09341/3630; Milz 02486/1336; Mischnick (FDP) 0228/162183; Möllemann (FDP) 0251/797577; Möller 02241/22158; Müller (CSU) 08723/1483; Müller 02191/61717; Müller 06874/6363; Müller 02236/49637; Melle 05121/24989; Neuhäuser (FDP) 05161/49308; Neumeister 05121/131919; Niegel (CSU) 09571/4851; Oldenstadt 04260/431; Olderer 04361/2556; Painter (FDP) 08709/1755; Pesch 02166/31845; Petersen 07032/74545; Pfeiffermann 06151/77543; Pfeiffer 07121/57049; Pinger 0221/865455; Pohlmann 05151/64068; Pohlmeier 02951/2164; Probst 089/3202500; Rawe 02507/1486; Reddemann 0228/162370; Regenspurger

09565/1666; Repnik 07732/12260; Riedl 089/7145168; Riesenhuber 0611/311188; Rode 05022/288; Rönsch 06121/460723; Roitzsch 04106/4457; Ronneburger (FDP) 04864/844; Rose 08541/8838; Rossmanith 08342/6969; Roth 0641/45204; Rühle 040/7925027; Ruf 0721/606175; Rumpf (FDP) 06761/4633; Sauer 05341/50644; Sauer 0711/727289; Saurien 04344/2494; Sauter 07404/606; Sauter 0228/167248; Schäfer (FDP) 06131/361363; Schäuble 07803/3739; Schartz 06584/282; Schemken 02051/82718; Scheu 09191/4110; Schlottmann 0228/167759; Schmidbauer 06221/64287; Schmidt, Helmut (SPD) 0228/167580; Schmitz 02401/5012; von Schmude 04102/62621; Schneider 06784/283; Schneider 0911/2331; von Schorlemer 05901/795; Schreiber 0681/897141; Schroeder 0761/74281; Schröder 04131/64013; Schulhoff 0211/334592; Schulte 0228/3002400; Schwarz 02644/3311; Schwarz-Schilling 06042/9212; Schwörer 07571/3031; Seehofer 0841/1848; Seesing 02824/3240; Seiler-Albring 07195/73110; Seiters 04961/5859; Solms (FDP) 06404/2071; Spies von Büllenheim 02433/5066; Spilker 08631/8526; Spranger 0981/84844; Sprung 05321/74202; Stark 07021/44151; Stauffenberg 08179/571; Stavenhagen 07231/23214; Stercken 0241/20880; Stoltenberg 0228/6824240; Strube 05906/654; Stücklen 09141/2720; Stutzer 04331/6983; Susset 07134/3169; Tillmann 02933/2000; Todenhöfer 0228/163153; Ujdall 040/6047600; Unland 02871/32200; Verhülsdonk 0261/21993; Vogel 0228/562070; Vogt 02421/53848; Voigt 08321/4305; Voss 0228/6824245; Warnke 0228/535311; Warrkoff 06048/455; von Wartenberg 0511/411072; Wafenschmidt 0228/6814606; Waigel 08281/638; Graf Waldburg Zeil 07522/21101; Weirich 05651/70414; Weiskirch 02723/3166; Weiß 06301/9740; Weng (FDP) 07156/22899; Werner 0731/65253; Wex 0208/591081; Will-Feld 06531/3427; Wilms, Dorothee 0228/572000; Wilz 02122/75394; Wimmer 0228/165094; Windelen 0228/306400; Wiesniewski 06221/802797; Wissmann 07141/53214; Wittmann 089/3517542; Wörner, Manfred 0228/129100; Wolfgramm (FDP) 0228/163877; Würzbach 0228/129130; Wulff 02304/17910; Wurbs (FDP) 0228/163440; Zierer 09401/6931; Zimmermann, Friedrich 0288/6815253; Zink 06142/55580.

**PERSHING II
CRUISE MISSILES
NEIN!**



VOLKSBEFRAGUNG-JA!

Das Volk muß selbst entscheiden!

* Exemplarische Volksbefragungen in Schulen, Betrieben, Städten und Gemeinden

* Bundesweite Volksbefragung im Jahre 1984, entweder offiziell durch Bundestagsbeschluß oder selbst organisiert durch die Friedensbewegung

Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln hat vom Bundestag gefordert, die Durchführung einer bundesweiten Volksbefragung über die Stationierung der neuen Atomwaffen zu beschließen. Die Aktionskonferenz hat weiterhin entschieden, daß die Friedensbewegung im Jahre 1984 selbst eine bundesweite Volksbefragung organisiert, falls der Bundestag eine offizielle Volksbefragung ablehnt.

Die Stationierung atomarer Erstschlagswaffen ist eine Existenzfrage für die ganze Bevölkerung der Bundes-

republik. Unser Land wird durch die Pershing II und Cruise Missiles noch mehr zu einer Startrampe und einer Zielscheibe für einen Atomkrieg. Die Entscheidung über unsere Vernichtung oder unser Überleben wird in die Hände des amerikanischen Präsidenten gelegt.

Es ist überdeutlich geworden, daß diese Grundsatzentscheidung und Existenzfrage nicht durch Kabinetts- und Parlamentsbeschluß abgehandelt werden kann. Hierüber muß das Volk selbst entscheiden! Die Friedensbewegung erkennt die Entscheidung der Bundestagsmehrheit gegen die Bevöl-

kerungsmehrheit für eine Stationierung nicht an. Wir fordern mehr den je die Durchführung einer bundesweiten Volksbefragung. *

Bereits die Forderung nach einer Volksbefragung hat das Regierungslager in Unruhe gebracht. Die Regierungspolitiker wissen nur zu gut, daß durch eine Volksbefragung ihre mangelnde demokratische Legitimation für die Stationierung von neuen Atomwaffen öffentlich sichtbar machen würde. Ein Vertrauens- und Loyalitätsverlust seitens breiter Bevölkerungskreise in diese Regierung



1. Mai 1958, Hannover

könnte die Folge der Volksbefragung sein. Das Regierungslager hat deshalb einen Generalangriff auf die Volksbefragung gestartet:

Bundesverteidigungsminister Wörner "warnte" mehrmals vor einer Volksbefragung. Bundesjustizminister Engelhardt hält sie voreilig für "verfassungswidrig". Die FAZ sieht darin einen "Angriff auf die Demokratie". Es steht fest: die Herrschenden wollen der Bevölkerung eine Beteiligung an der Entscheidung über Existenzfragen verwehren.

So war es schon zweimal in der Geschichte der Bundesrepublik:

1951 wurde erstmals eine Volksbefragung über die "Wiederbewaffnung der Bundeswehr" gefordert. Die Regierung Adenauer versuchte die selbstorganisierte Volksbefragung mit Polizeiaktionen, Beschlagnahmungen, Verhaftungen und einer massiven Gegenpropaganda zu verhindern. Bis die Kampagne zerschlagen wurde hatten immerhin 9 Millionen Menschen die Ablehnung gegen die Remilitarisierung unterstützt.

1958 drohte die "Atombewaffnung der Bundeswehr". Die von den Ländern Hamburg und Bremen angekündigten Volksbefragungen wurden verboten, eine bundesweite Volksbefragung nicht zugelassen. Hunderttausende gingen auf die Straße und konnten die Atombewaffnung der Bundeswehr verhindern, wenn auch nicht die Zulassung amerikanischer Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik.

1983: Wieder wird eine Grundsatzentscheidung von den Regierenden



gegen die ureigensten Interessen der Bevölkerung getroffen. Nie zuvor haben sich so viele Menschen in der Friedensbewegung organisiert. Nie zuvor ist die Legitimationskrise der Regierung und der Bundestagsmehrheit so groß gewesen. Das Volk muß jetzt selbst entscheiden. Gerade wegen der begonnenen Stationierung muß die Forderung nach Durchführung einer Volksbefragung verstärkt und die Volksbefragung im Jahre 1984 verwirklicht werden. Die geheimgehaltene ZDF-Umfrage hat gezeigt: 71,7% aller Befragten unterstützen eine Volksbefragung.

Die Friedensbewegung hat dem Deutschen Bundestag einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der Ende September von den 28 Abgeordneten der Grünen formal eingebracht worden ist. Nach der ersten Lesung dieses Gesetzesentwurf Anfang November ist deutlich geworden, daß es im Bundestag keine Mehrheit für eine offizielle Volksbefragung geben wird. Im Januar oder Februar wird dieser Gesetzesantrag in 2. und 3. Lesung höchstwahrscheinlich abgelehnt.

Desahlb müssen alle Friedensinitiativen bereits jetzt die Diskussion darüber beginnen, wie wir im Jahre 1984 selbst eine bundesweite Volksbefragung organisieren.

In der Arbeitsgruppe "Volksbefragung" der Aktionskonferenz in Köln sind erste Ideen entstanden:

- * Exemplarische Befragungen in Schulen, Hochschulen, Betrieben, Gemeinden und Städten, um unserer bundesweiten Forderung Nachdruck zu verleihen
- * Bundesweite Volksbefragung durch Haus-zu-Haus Befragung Oder gebündelt vor allen Wahllokalen bei anstehenden Wahlen.

Ein bundesweiter Sonder-Kongreß zur „Volksbefragung 1984“ soll Anfang des Jahres einberufen werden, um diese Fragen zu klären und zu entscheiden. Sendet bitte Eure Ideen und Vorschläge an des Koordinierungsbüro, Kampagne "Volksbefragung", Estermannstr. 179, 53 Bonn 1

Unterstützt die Kampagne „Volksbefragung“!

An den
Koordinationsausschuß -Kampagne Volksbefragung- Estermannstraße 179, 5300 Bonn 1 (Tel.: 0228-678270/678280)

Ich/wir unterstütze(n) den Aufruf „ATOMWAFFEN NEIN! – VOLKSBEFRAGUNG JA!“

Organisation/Name/Funktion: _____

Anschrift : _____

Unterschrift : _____

- Unseren/Meinen Beitrag in Höhe von DM.....(mind. DM 10,-) haben wir/ich am.....auf das Konto: J. Leinen, Sonderkonto „Volksbefragung“, Volksbank Bonn (BLZ 380 60 186), Kto.-Nr. 150 1492 015 überwiesen.
- Verrechnungsscheck über.....DM (mind. DM 10,-) liegt bei.
- Bargeld in Höhe vonDM (mind. DM 10,-) liegt bei.

„PARLAMENT DER MEHRHEIT“

Eröffnungsrede von William Borm

Meine Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde!

Dem Brauch entsprechend wird ein Parlamentsmitglied von seinem jeweils ältesten Mitglied eröffnet. Ich bin am 7. Juli 1895 geboren und richte, um jeden Irrtum auszuschließen, an Sie die Frage, ob ein älteres Mitglied in diesem Hause anwesend ist. – Das ist offenbar nicht der Fall. Dann erkläre ich hiermit die erste Sitzung des

„Parlaments der Mehrheit“

führt eröffnet.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, wir durchleben gegenwärtig außergewöhnliche Tage in der kurzen Geschichte unseres Staates, deren Bedeutung ohne Übertreibung als historisch zu bezeichnen ist. Wir erinnern in großem Ernst an die Tragweite der bevorstehenden Entscheidungen, die jeden von uns betreffen bis hin zur Existenz der Nation.

Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bestimmt:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Dies ist unsere Legitimation. Wir sprechen für die Mehrheit unseres Volkes, die in einem friedlichen Europa leben will. Wir lehnen den betrügerischen Aberwitz ab, daß Leben durch die zynische Drohung mit Vernichtung zu sichern sei.

Das Volk soll im Deutschen Bundestag durch die Abgeordneten als dessen auf Zeit gewählte Vertreter repräsentiert werden. Nicht ist es die verfassungsgemäße Aufgabe des Parlaments, den höchsten Souverän in der Demokratie, das Volk, zu disziplinieren, es zu täuschen oder dessen erkennbaren Mehrheitswillen zu mißachten. Es geht heute um Grundfragen des Überlebens. Entscheidungen hierüber können möglicherweise nicht zurückgenommen werden, die Entscheidungsfreiheit kommender Generationen wird nachhaltig beeinträchtigt. Unter den gegebenen Umständen erlangt die Forderung nach Übereinstimmung von Regierenden und Regierten den Rang eines ungeschriebenen Verfassungspostulats. Nur solange der Deutsche Bundestag dem erkennbaren Mehrheitswillen des Volkes Rechnung trägt, darf er erwarten, daß es die Entscheidungen des Parlaments nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern aus Überzeugung respektiert.

In der Frage der Stationierung neuer atomarer Mordgeräte der USA auf dem Territorium der Bundesrepublik und stimmt dieser erkennbare und gestieigte Mehrheitswille der weitberechtigten Bevölkerung mit dem abschließenden Mehrheitsbeschluss des Deutschen Bundestages nicht überein. Die Kluft zwischen Volk und Parlament war in der Geschichte der Bundesrepublik noch niemals so tief wie in dieser Frage. Aus diesem Grund müssen wir, als „Parlament der Mehrheit“, das bedeutet der Mehrheit der Bürger dieser Republik hier zusammenreten. Wir wollen nicht nur protestieren. In diesem „Parlament der Mehrheit“ sehen wir darüber hinaus ein geeignetes Instrument, um durch sachliche Arbeit das Unsere dazu beizutragen, daß die Kluft geschlossen werde.

Die deutsche Nation ist existentiell gefährdet. Unser Staat und die DDR würden gewollt und für uns hinausweislich zum atomaren Schlachtfeld der sich antagonistisch gegenüberstehenden Weltmächte. Deren mit Massenvernichtungsmitteln ausgetragener Konflikte in Europa bedeutete den Untergang des angeblich zu verteidigenden. Wer dagegen protestiert, steht auf dem Boden der Grundrechte, er verteidigt sein Recht auf Leben.

Das Grundgesetz gebietet, das friedliche Zusammenleben der Völker zu wahren und zu fördern, es verbietet alle Maßnahmen, die zur Vorbereitung eines Angriffskrieges geeignet sind. Ich stelle fest: die Pershing II ist nach Konstruktion und Konzeption für einen Angriffskrieg geeignet.

Wir sehen uns in der grundlegenden Frage des Überlebens von der Mehrheit des Bundestages nicht vertreten. Wir teilen die Zweifel an der Glaubwürdigkeit derjenigen, die die gerichtliche Entscheidung über den auf sie zielenden Vorwurf angeblicher Korruption durch Kniffe hochbezahlter Advokaten bisher verschleppt haben. Auch zweifeln wir an der Ernsthaftigkeit der Absicht vieler Abgeordneter, frei und nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Alles in allem: unser Vertrauen in die Kompetenz dieses Parlaments ist erschüttert.



Niemand sollte sich täuschen. Durch das wahrscheinliche Abstimmungsverhalten der Mehrheit des Bundestages wird eine tiefgreifende und anhaltende Glaubwürdigkeits- und Legitimationskrise der parlamentarischen Ordnung schlechter Platz greifen. Wer angesichts der Realitäten heute für die Stationierung stimmt, trägt hierfür die Verantwortung. Betroffen jedoch sind wir alle!

Die Mehrheit der Deutschen fordert Entspannung und spürbare Rüstungsverminderung. Sie will weder neue Raketen noch einen zweiten kalten Krieg. Sie verlangt die Fortsetzung der Verhandlungen ohne Stationierungsbeginn. Diese Mehrheit hat – endlich – aus der Geschichte gelernt!

Wir appellieren an den Deutschen Bundestag, zur Vernunft zu kommen. Wir verlangen von ihm, daß er dem Willen der Mehrheit der Bürger Rechnung trägt!

In meiner Rede zur Eröffnung des 6. Deutschen Bundestages als dessen damaliger Alterspräsident habe ich am 20. Oktober 1969 festgestellt:

„Die Opposition und ihre gewährleisteten Möglichkeiten sind das Kriterium wahrer Demokratie.“

Die gegenwärtige Regierung will diesem demokratischen Grundsatz nicht Rechnung tragen. Bundesinnenminister Zimmermann hat unserem „Parlament der Mehrheit“ den gewünschten Tagungsort, das Bonner „Museum König“, als der historischen Wirkungsstätte des Parlamentarischen Rates versagt. Die Saurier könnten Schaden nehmen. Ich frage nach der Identität der bedrohten Saurier. Dennoch: die Zeiten des Obrigkeitsstaates sind vorbei. Dies allerdings haben die in Bonn Regierenden noch zu lernen!

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

In diesen Tagen werden Weichen gestellt. Unser Land steht friedenspolitisch am Scheideweg.

Die mühsam erkämpften Ergebnisse der Entspannungspolitik sind gefährdet. Der auf vielen Gebieten fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Ost und West droht langanhaltende Unterbrechung, sogar die Zerstörung der Substanz ist nicht auszuschließen. Die Eskalation der friedensbedrohenden Rüstungen würde beschleunigt, ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Abgrund der atomaren Vernichtung hin wäre getan.

Die heutige Bundesregierung überschlägt sich in Willfährigkeit gegenüber den Forderungen der derzeitigen unberechenbaren Administration der Vereinigten Staaten von Amerika. Freilich überläßt sie einem fremden Staatsmann die alleinige Entscheidung über den Einsatz atomarer und chemischer Massenvernichtungsmittel auf deutschem Boden. Das bedeutet: über Leben und Tod unserer Nation entscheidet ein Fremder. Ich kenne in der Geschichte kein Beispiel solcher freiwilliger Servilität. Amerikas Interessen sind nicht deckungsgleich mit den Interessen der Europäer. Und weiter: Wir sind keine Atomkolonie der USA!

Wir konstatieren: Der sicherheitspolitische Konsens ist zerbrochen durch den berechtigten Protest von Millionen Menschen gegen das System der atomaren Abschreckung. Dieses System provoziert geradezu zum Widerstand, weil es militärische Gewaltanwendung bevorzugt durch zynische Drohung gleich mehrfach möglicher Selbstvernichtung der Menschheit verhindern will.

Wir haben begriffen, daß die Aufgabe der Sicherung des Friedens viel zu wichtig ist, um sie den Politikern oder gar den Generalen zu überlassen. Friedenssicherung ist die legitime Angelegenheit sie ist Verpflichtung für alle Bürger. Wir werden uns darum mit neuen Raketen ebensowenig abfinden wie mit den schon im Übermaß vorhandenen. Unser demokratischer Widerstand wächst, auch wenn die Stationierung begonnen hat.

Die Gefahr der atomaren Vernichtung wird mit der Aufstellung der Pershing II und Cruise Missiles nochmals gesteigert, doch gibt es keine Automatik. Vieles spricht dafür, daß der „Steg“ der Stationierungsbefürworter zu einem Pyrrhus-Steg geraten könnte, zum letzten Beweis einer historisch schon heute unzeitgemäß gewordenen Politik. Dies haben wir glaubhaft zu machen. Friedensarbeit muß alltäglich wirksam sein. Friedensbewegung bringt schon heute einen wichtigen Gewinn an politischer Kultur, an



erlebter und gelebter Friedenskultur. Die von uns gewählten Formen des Konflikt-austrags werden auch in der Zukunft dem friedenspolitischen Ziel entsprechen.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Wir werden nicht nachlassen, bis diese Forderungen unseres Parlaments der Mehrheit im Deutschen Bundestag gefunden haben. Wer jetzt im Bundestag für die Stationierung stimmt, muß wissen, daß wir mit allen uns zur Verfügung stehenden legalen Mitteln seine Wiederwahl verhindern werden. Der Nachbar in seinem Wahlkreis wird erfahren, wen er wählt. Ich vergessen nicht. Wir streben nach einer anderen Mehrheit als der heute herrschenden, wir werden eine neue Mehrheit für selbstbewusste und eigenständige europäische Friedenspolitik erreichen. Die Überzeugungsmehrheit für dieses Ziel erscheint mir heute schon gesichert. Doch wissen wir, daß künftige Wahlen nur von denen gewonnen werden können, die neben der poli-

tischen Friedenssicherung ein vernünftiges Konzept zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Besettigung der für eine Industrialisation unwürdigen Massenarbeitslosigkeit vorlegen können. Zwischen beiden Themenbereichen gibt es bekanntlich mehr Verbindungen, als auf den ersten Blick erscheinen mag. Außerer und innerer Frieden sind untrennbar!

Gestatten Sie mir abschließend bitte, noch einmal aus der Rede zu zitieren, mit der ich 1969 den Bundestag eröffnete. Damals sagte ich:

„Angesichts der Kräfteverteilung und der Waffensysteme in der Welt können auch antagonistische Positionen heute nicht mehr durch Gewalt geklärt werden, sondern – als klare Alternative zur gegenseitigen Vernichtung – nur durch geduldige Versuche der Annäherung. . . .“

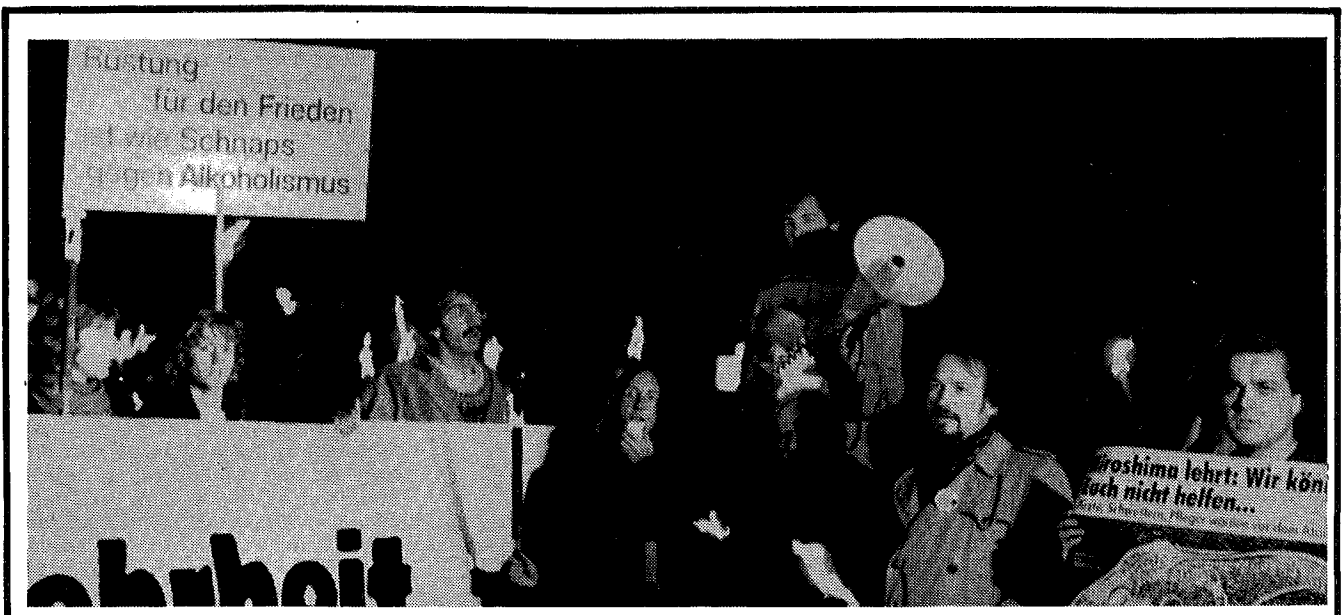
„Nicht das ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ sichert uns den Frieden auf Dauer, sondern vorzüglich die wissenschaftlich fundierten Einsichten in die Bedingungen des Friedens, seien sie ökonomischer, soziologischer, psychologischer oder politischer Natur, und dann natürlich auch die Anwendung des daraus resultierenden Instrumentariums.“

Und:

„Endlich...ist es ein Unding, daß kontinuierliche Parteien und Einzelpersonen, deren demokratische Zuverlässigkeit über jeden Zweifel erhaben ist, mit der Behauptung diffamiert werden, daß sie die Interessen unseres Vaterlandes verraten, daß sie den Untergang herbeiführen würden, daß sie Verzichtspolitik betrieben – und sattsam Bekanntes mehr.“

Die davon „Betroffenen“ – so stellte ich seinerzeit fest – „mögen es mit Martin Luther King halten: ‚Kühl planen, tapfer handeln und sich auf einiges gefaßt machen!‘“

Lassen Sie uns in diesem Geiste an die Arbeit gehen!

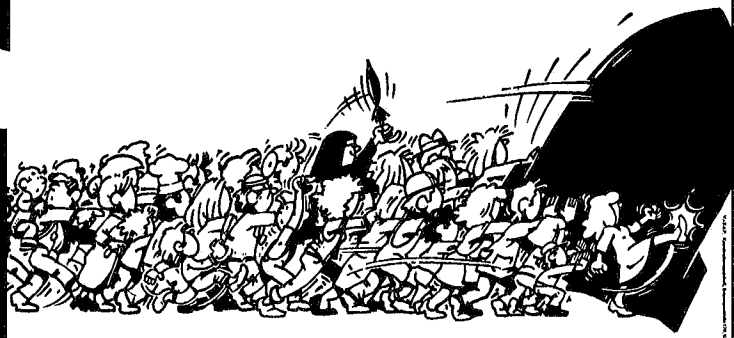


**PERSHING II
CRUISE MISSILES
NEIN!**



**PERSHING II
CRUISE MISSILES
NEIN!**

WEHRT EU



WEHRT EUCH!





Bestellschein



Ich/Wir

Name Straße PLZ/Ort**bestellen:**

- mit Ausnahme der T-Shirts - Mindestabnahme 10 Stück!

Plakate DIN A 1 "Wehrt Euch" Stück á 0,60/ 1,00 DM DM

Plakate DIN A 2 "Wehrt Euch" Stück á 0,40/ 0,60 DM DM

Buttons "Wehrt Euch" Stück á 1,50/ 2,00 DM DM

T-Shirt Größe 6 7 8 Stück á 10,00/15,00 DM DM

Zwischensumme 1 DM

Anrufe "Volksbefragung" Stück á 0,05 DM DM

Unterschriftenlisten Stück á 0,05 DM DM

Plakate DIN A 1 Stück á 0,60 DM DM

Plakate DIN A 2 Stück á 0,40 DM DM

Buttons Stück á 1,50 DM DM

Aufkleber Stück á 1,00 DM DM

Zwischensumme 2 DM

Zwischensumme 1 DM

Zwischensumme 2 DM

Versandkosten (s.u.) DMGesamtbetrag DM

Versandkosten: Bestellwert bis 50,00 DM = 5,00 DM

100,00 DM = 7,00 DM

200,00 DM = 11,00 DM

300,00 DM = 15,00 DM

ab 300,00 DM = 5% der Bestellsumme

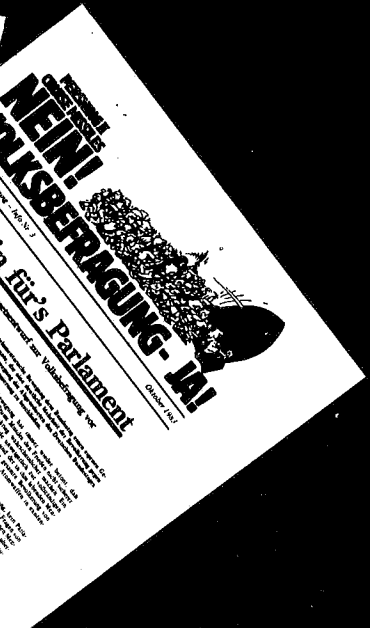
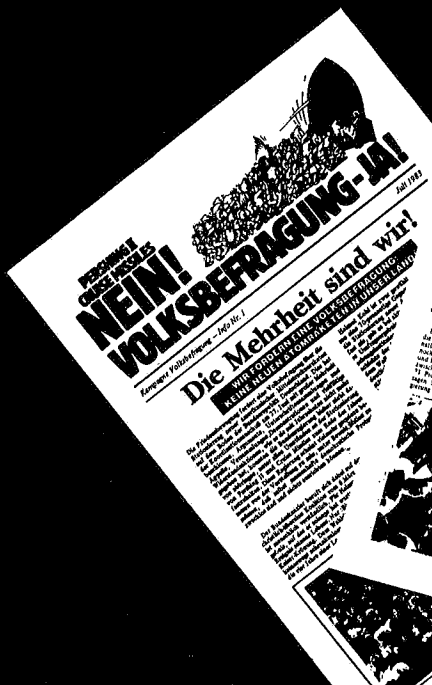
Den Betrag von DM habe(n) ich/wir am überwiesen an:

J. Leinen, Sonderkonto "Volksbefragung"

 Volksbank Bonn
 Kt.Nr.: 150 1492 015
 BLZ: 360 60 186

 Scheck liegt bei
 (schnellste Bearbeitung)

Einsenden an:
 Koordinationsbüro,
 Estermannstr. 179, 5300 Bonn 1



Spendenaufruf

Obwohl die große Mehrheit der Bevölkerung die Aufstellung neuer Atomraketen in unserem Land ablehnt, hat der Bundestag am 22. November die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles beschlossen. Die "Volksvertretung" entschied damit gegen das eigene Volk.

Die Friedensbewegung erkennt diesen Beschluß des Deutschen Bundestages nicht an. Wir bestreiten der Bundesregierung das Recht, in einer derart existentiellen Frage die Bevölkerungsmehrheit einfach zu übergehen.

Deshalb werden wir unseren Widerstand fortsetzen. Die bereits begonnene Stationierung erschwert unsere Arbeit und macht sie zugleich notwendiger.

Helfen Sie uns dabei! Unterstützen Sie die Fortsetzung unseres Widerstandes mit kleineren und größeren Spenden!

Die Aufstellung neuer Atomraketen muß gestoppt und wieder rückgängig gemacht werden!

SPENDENKONTEN: Jo Leinen,
Sonderkonto "Herbst '83"
PSchAmt Köln, Kto-Nr.:
276 002 - 508 (BLZ 370 100
50) oder
Volksbank Bonn, Kto-Nr.:
150 1492 023 (BLZ 380 601 86)